

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
07/2015 (II)*



Liebe FreundInnen!

Der Nationalrat ist heute zu einer wichtigen Sondersitzung zusammengekommen. Dabei ging es um die Zustimmung des Parlaments, Griechenland eine weitere Finanzhilfe zu gewähren.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL

Ja zu Hilfspaket – Grexit hätte katastrophale Folgen

Mit den Stimmen der Regierungsparteien ist Finanzminister Schelling in einer Sondersitzung das Mandat für Verhandlungen über ein neues Griechenland-Hilfspaket erteilt worden. Bundeskanzler Werner Faymann betont in der Debatte die Verantwortung Österreichs, sich gerade in schwierigen Phasen aktiv für den Zusammenhalt Europas einzusetzen. Die katastrophalen humanitären und wirtschaftlichen Folgen eines Grexit hob SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder hervor. Beide sprachen sich dafür aus, Griechenland die Chance auf zukünftige Selbsthilfe zu geben.

Die Verhandlungen zwischen Griechenland und 18 Gläubigern über ein neues Griechenland-Paket seien äußerst schwierig gewesen. "Deshalb war es eine besondere Leistung, dass gemeinsam eine ernsthafte Chance herausgearbeitet wurde", sagte der Bundeskanzler. Gerade in so schwierigen Phasen sei es die Rolle Österreichs, sich für den Zusammenhalt Europas einzusetzen. "Dieses gemeinsame Europa ist der Ast, auf dem wir alle sitzen. Wir gehören in dieses gemeinsame Europa, wir profitieren davon und deshalb haben wir auch Verantwortung für dieses gemeinsame Europa."

Die heutige Entscheidung sei ein erster Schritt, den Grexit abzuwenden. Daher ersuchte der Kanzler die Abgeordneten, dem Verhandlungsmandat zuzustimmen, um Griechenland diese Chance zu geben.

SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder: Grexit wäre ein Desaster

Angesichts der katastrophalen Folgen, die ein griechischer Staatsbankrott nach sich ziehen würde, werde die Sozialdemokratie einem weiteren Hilfspaket und der Verhandlungsermächtigung für die österreichischen Vertreter zustimmen, betonte SPÖ-Klubobmann Schieder. Es ist "keine einfache Entscheidung, aber die richtige", so Schieder. Ein Grexit wäre "ein Desaster" für die Menschen in Griechenland und die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa.

Für den SPÖ-Klubobmann ist es daher notwendig, den Weg für Verhandlungen frei zu machen. Er pocht aber auch auf die Notwendigkeit, das Wirtschaftswachstum in Griechenland ankurbeln und den harten Sparkurs zu hinterfragen. Aus einer Krise könne man sich nicht heraus sparen, sondern nur heraus wachsen.

Erstmals auch Bekenntnis zu Investitionen

Auch **SPÖ-Europasprecherin Christine Muttonen** sprach sich für mehr Investitionen aus: "Mit dem Programm ist explizit erstmals auch ein Bekenntnis zu Investitionen, Wachstum und Beschäftigung festgeschrieben. Noch steht es aber auf schwachen Füßen", warnt Muttonen.

Nun gelte es mit konstruktiven Vorschlägen Perspektiven für Griechenland zu eröffnen, wie **SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer** hervorhob. "Die teilweise von Deutschland ausgegangene Erpressung und Demütigung war jedenfalls kein positiver Beitrag", kritisierte Krainer. Keine Einigung mit Griechenland würde jedenfalls "zu Armut und Hunger in Griechenland führen" und "ausschließlich Verluste für den österreichischen Steuerzahler" bedeuten, betonte auch SPÖ- Abgeordneter Josef Cap.

Argumente: Wir brauchen ein drittes Hilfspaket, weil

- **die Folgen eines Grexit fatal gewesen wären:** Für Griechenland hätte ein Grexit verheerende Folgen für Arbeitsplätze, Sozialsystem und Staatseinnahmen. Das alles in einem Land, in dem bereits jetzt 36 Prozent der Bevölkerung von Armut gefährdet sind, 2,5 Mio. Griechinnen und Griechen ohne Krankenversicherung leben, über 50 Prozent der Jugendlichen keinen Job oder Ausbildung haben.
- **das Hilfsprogramm Griechenland Zeit gibt, notwendige Reformen umzusetzen:** Mit diesem Hilfsprogramm können wir für Griechenland die Finanzierung der nächsten drei Jahre sichern und dem Land Zeit geben, notwendige Reformen - wie am Gipfel vereinbart - umzusetzen.
- **eine Lösung der Krise auf Dauer nur durch Wachstum und Beschäftigung möglich ist:** Die reine Konzentration auf Einsparungen führt zu keinem Ergebnis. Gemeinsam mit Frankreich und Italien konnte Bundeskanzler Faymann eine sozialdemokratische Achse finden und neben einem harten Sparkurs auch das Bekenntnis zu Wachstum und Beschäftigung durchsetzen. Dieser Kurs muss fortgeführt werden.
- **Europa aus den Fehlern des Hilfsprogramms lernt:** Die Troika soll nicht nur Sparziele diktieren, sondern tatsächlich vor Ort unterstützen. Dafür muss die Zusammenarbeit verbessert werden und die Arbeit der Troika muss demokratisch kontrolliert werden. Denn man muss eingestehen, dass sich die Lage in Griechenland durch die Politik der Vorgängerregierungen in Zusammenarbeit mit der Troika wesentlich verschlimmert hat.

- **die SPÖ dafür eintritt die politische, wirtschaftliche und humanitäre Krise zu beenden:** Griechenland muss sinnvolle Reformen durchsetzen und Europa wird es dabei unterstützen. Statt Austeritäts-Dogmen und Drohgebärden braucht es nachhaltige Lösungen und Respekt.

Reden

Rede zum möglichen neuen Hilfspaket für Griechenland ([hier als Video](#))

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Bundesregierung! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Unabhängig vom Ergebnis dieser Verhandlungen bin ich der Meinung, dass die Treffen der Finanzminister und auch der Regierungschefs am Wochenende wohl einer der traurigsten Tiefpunkte der vergangenen Monate waren. Demütigungen – und so sehe ich das –, Demütigungen, wie sie jetzt geschehen sind, haben eigentlich innerhalb der EU nichts verloren. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Hauser: ... permanente Demütigung!)*

Ich möchte hier einmal ausdrücklich begrüßen, dass Sie, Herr Bundeskanzler, sich von solchen Vorgehensweisen distanziert und stattdessen gemeinsam mit Frankreich und Italien deeskalierend eingegriffen haben. Das ist wichtig, denn Deeskalation ist die einzige Möglichkeit, die wir haben, um letztendlich zu einem Kompromiss zu kommen. *(Ruf bei der ÖVP: Weiß das Tsipras auch?)*

Ich bin überzeugt, dass die Stärke und die Legitimität der EU nur in einer gemeinsamen Suche nach Lösungen liegen kann, und das muss auf Augenhöhe geschehen. Ich hoffe sehr, dass wir wieder dorthin zurückfinden, denn letztendlich ist die EU auf Solidarität aufgebaut.

Ich will das beschlossene Reformpaket nicht schönreden, wir SozialdemokratInnen hätten uns definitiv mehr Spielraum für Investitionen gewünscht, denn dieses Paket setzt wieder zu einem großen Teil auf den meiner Meinung nach paradoxen Versuch, Griechenland durch immer neue Sparprogramme aufzupäppeln – an sich schon ein Paradoxon, ein Ansatz, der in den letzten fünf Jahren schon nicht erfolgreich war, ganz im Gegenteil.

Die Einigung hat aber auch etliche positive Aspekte, die meiner Meinung nach dann doch überwiegen. Wir haben den Grexit verhindert, das wurde heute schon öfters angesprochen, und damit auch den Staatsbankrott Griechenlands. Der Grexit hätte für alle Seiten – für Griechenland, für die EU aber auch für Österreich – schlimme Folgen gehabt. *(Abg. Hübner: Welche?)* Für die Menschen in Griechenland hätte ein Grexit den absoluten Einbruch der Wirtschaft, der Beschäftigung und auch der sozialen Systeme bedeutet, die neue Währung hätte schlagartig an Wert verloren. Importe – das wurde heute schon gesagt – würden viel teurer werden, dazu zählen aber die Hälfte der Lebensmittel, vier Fünftel der Energie und fast alle Medikamente. Das heißt, die

Leute könnten sich dann nichts mehr leisten, auch nicht die lebensnotwendigen Grundlagen.

Wir wissen, dass schon jetzt die Situation für die Bevölkerung in Griechenland sehr schwierig ist. 36 Prozent der Bevölkerung sind von Armut gefährdet, 2,5 Millionen Griechinnen und Griechen leben ohne Krankenversicherung, und 50 Prozent der Jugendlichen haben keinen Job, keine Ausbildung und keine Perspektive.

Steigt Griechenland aus dem Euro aus, dann kann es seine Schulden nie mehr bezahlen, und damit ist auch das Geld, das Österreich investiert hat, weg. Wir fordern also hier nicht, wie die FPÖ das tut, die Vernichtung des Geldes, das wir bereits in Griechenland investiert haben.

Abgesehen vom Finanziellen möchte ich aber noch einen weiteren wichtigen Punkt einbringen: Wir können doch beim besten Willen kein Interesse daran haben, gerade in dieser noch immer sehr instabilen und konfliktreichen Balkanregion, Griechenland ins absolute *Chaos* versinken zu lassen. Das würde Österreich auch weiterhin schaden.

Der Grexit ist also *keine* Option. Nach dem permanenten Ausnahmezustand Griechenlands der letzten Monate gibt es jetzt endlich Luft, sich wirklich auf die Maßnahmen zu konzentrieren, und etwas Zeit für diese neue Regierung. Mit dem Hilfspaket sichern wir die Finanzierung für die nächsten drei Jahre, und wir werden die griechische Regierung daran messen, wie sie damit umgeht, die Oligarchie, den Nepotismus zu bekämpfen, ein Grundbuch und funktionierende Steuerbehörden einzuführen.

Einen wichtigen Punkt möchte ich noch erwähnen: Es ist uns gemeinsam mit Italien und Frankreich gelungen, im neuen Hilfspaket erstmals explizit auch das Bekenntnis zu Investition, Beschäftigung und Wachstum festzuschreiben. Ich glaube, das ist sehr wichtig, und das bestätigen zum Beispiel auch Karl Aiginger und Kurt Bayer, beide Experten in Wirtschaftsfragen; sie sprechen von einem Wendepunkt, den es jetzt in der europäischen Politik gibt. Sie sagen, jetzt ist der Wendepunkt gekommen, dass den schwächeren Mitgliedern in der EU geholfen werden muss, und es muss zu einem gesamteuropäischen Wendepunkt kommen, indem eine Strategie für Innovationsförderung, Investitionen in Bildung und eine ökologische Wirtschaft forciert werden.

Mit diesen Maßnahmen werden wir sowohl Griechenland als auch die EU wieder auf den rechten Weg bringen. – Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Nationalrat – Muttonen: Grexit hätte fatale Auswirkungen auf Griechenland, Europa und Österreich \(17.07.2015\)](#)

[Muttonen zu Atomabkommen: Hervorragender Erfolg für die internationale Diplomatie \(13.07.2015\)](#)

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at